

Diese Ausgabe der Länderseiten wollen wir ausschließlich den beiden wichtigen Themen Nachwuchs und Kostenerstattung widmen. Die Betroffenen selbst kommen zu Wort. Ihr Vorstand der PKN.

Interview mit Gabriele Bruns – Selbstverantwortlich an den Rahmenbedingungen des Berufes mitwirken

Gabriele Bruns ist als PiA (PP) neu in die Kammerversammlung der PKN gewählt worden und wird im Herbst ihre Ausbildung abschließen. Das Interview führte Jörg Hermann.

Was hat Sie bewogen, als PiA für die Kammerversammlung der PKN zu kandidieren?

Ich bin von einem Kollegen, der Erfahrung in der Kammerarbeit hat, geworben worden und habe an einem Nachwuchseminar meines Berufsverbandes teilgenommen. Ich war neugierig, was dort möglich ist, denn ich bin bald mit meiner Ausbildung fertig und denke, man sollte sich berufspolitisch auskennen und auch engagieren. Die Bedingungen für unseren Berufsstand sind noch lange nicht optimal. Es ist seit dem PTG bereits einiges erreicht worden, aber es scheint mir noch nicht alles gefestigt zu sein gerade in Bezug auf die dominierende Ärzte-Lobby. Deshalb denke ich, dass es Sinn macht, im Rahmen der Kammerarbeit zu versuchen, Berufspolitik selbst aktiv mit zu gestalten.

Wo sehen Sie aus Ihrer Erfahrung die Notwendigkeit für Veränderungen?

Die Vergütung der PiAs ist ja ein bekanntes Problem. Ein Beispiel: Im Laufe meines Psychiatriejahres bekam ich mit, dass ein neues Entgeltsystem für Kliniken eingeführt wurde, das vorsah, die Tätigkeit der PiAs nicht zu honorieren. Anhand solcher Vorgänge wird deutlich, dass die Bedin-

gungen, unter denen Psychotherapeuten in Ausbildung arbeiten, nicht angemessen sind, und die Arbeitsbedingungen der psychotherapeutischen Berufe nicht ausreichend gefestigt sind. Am Beispiel der Gestaltung des Psychiatriejahres zeigt sich, dass die Rahmenbedingungen noch verbessert werden müssen.



Gabriele Bruns, Psychologische Psychotherapeutin in Ausbildung

Wie sind Ihre ersten Eindrücke der Kammerarbeit Ihrer ersten Sitzung der Kammerversammlung?

Es war schon aufregend. Ich hatte den Anspruch, mich gleich auszukennen und war dann beruhigt, dass meine erfahreneren Tischnachbarn mir signalisierten, dass man in die Aufgabe in Ruhe reinwachsen kann.

In welchen Bereichen wollen Sie sich denn engagieren?

Ich bin Mitglied im Ausschuss Aus-, Fort- und Weiterbildung, der auch bereits getagt

hat und in der Kommission Nachwuchsfragen. Hinsichtlich der zukünftigen Arbeit war es sehr hilfreich, noch einige Hintergrundinformationen zu den Themen der vergangenen Legislaturperioden erhalten zu haben. Ich habe einen Eindruck davon bekommen, wie politische Kammerarbeit laufen kann. Es war interessant, die verschiedenen Perspektiven hinsichtlich der Zukunft der Aus-, Fort- und Weiterbildung engagiert zu diskutieren.

Welche Wünsche gibt es aus Sicht einer PiA an die PKN bezogen auf Ausbildungssituation und Kammerarbeit?

Zur Kammerarbeit eigentlich keine, denn die PiAs haben als Einsteiger ähnliche Voraussetzungen wie andere Einsteiger auch. Hinsichtlich der Ausbildung und der Ausbildungskandidaten würde ich mir noch mehr Präsenz der berufspolitischen Themen bei den Ausbildungsteilnehmern wünschen. Dort gibt es noch zu wenig Wissen über die Kammer und die dort behandelten Themen. Da könnte die PKN noch mehr informieren und deutlich machen, dass Engagement auch in berufspolitischer Hinsicht wichtig ist, um selbstverantwortlich gestaltend an den Rahmenbedingungen unserer Berufe mitzuwirken.

Liebe Frau Bruns, herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit für das Gespräch genommen haben und alles Gute für Ihre Prüfung und den weiteren Einstieg in die Berufs- und die Kammerpraxis.

Die Nachwuchsgeneration meldet sich zu Wort – und bekommt eine Stimme

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Psychotherapeutengesetzes hält die Nachwuchsgeneration, die nach den Vorgaben dieses Gesetzes die Approbation erlangt, zur dritten Legislaturperiode Einzug in die PKN. Zum ersten Mal sind auch PiA als regulär gewählte Kammermitglieder vertreten. So konnte bereits eine Kommission „Nachwuchsförderung“ initiiert werden, die den besonderen Fragestellungen und Herausforderungen aktueller und zukünftiger AusbildungsteilnehmerInnen sowie neu Approbierter ihr Augenmerk widmen wird.

Was aber sind denn eigentlich die Fragen und Herausforderungen des Nachwuchses? Worin besteht die besondere Problematik? Einblick in die Situation gibt uns beispielhaft die Schilderung des Falles von Pia-Maria Machmal (der Name ist frei erfunden, die geschilderte Situation ist es nicht).

Während des Psychologiestudiums macht Pia-Maria sich Gedanken über ihre berufliche Zukunft: Sie wollte schon immer mit Menschen arbeiten, am liebsten im klinischen Bereich. Sie ist hochmotiviert, idealistisch und bereit, auf hohem Niveau Verantwortung zu übernehmen. Dabei geht sie davon aus, dass ihre Berufswahl ihr Anerkennung und einen passablen Lebensstandard ermöglichen wird. Sie informiert sich genauer und stellt fest, dass das Studium für eine eigenverantwortliche psychotherapeutische Tätigkeit nicht ausreicht. Ohne Approbation eine gute Klinikstelle zu bekommen, wird immer schwieriger, und eine Niederlassung ist unmöglich. Daher entschließt sie sich, eine Ausbildung zur Psychologischen Psychotherapeutin zu absolvieren.

Pia-Maria recherchiert mühsam ihre Möglichkeiten und ist schockiert: Die Kosten für eine Ausbildung belaufen sich auf mindestens 16.000 bis ca. 45.000 Euro! Die Finanzierung muss gut überlegt sein, denn neben den Ausbildungskosten hat sie noch BaföG und Bildungskredit abzustottern, und von etwas leben muss sie ja auch noch. Gut dran, wer aus betuchter Familie kommt. Pia-Maria überlegt: Die praktische Tätigkeit bringt ja auch Geld

ein, das muss doch irgendwie funktionieren. Aber bald kommt die Ernüchterung: Sie muss umziehen, um überhaupt eine Klinik zu finden, die wenigstens eine Aufwandsentschädigung für das Psychiatriejahr entrichtet. Davon leben kann sie nicht, geschweige denn, die Ausbildungskosten bezahlen. Aber sie beißt in diesen sauren Apfel, denn sie hat die Erwartung, dass sich die Qualifikation schließlich mit Anerkennung ihrer Kompetenz, Wahrnehmung entsprechender Aufgaben und Verantwortung sowie einem angemessenen Status inklusive Verdienst auszahlen wird. Pustekuchen.

Das Hierarchiegefälle Ärzte-Psychologen bekommt sie in diesem Jahr schon mal zu spüren. Ihr schwant: Als Psychologin stehst du hinten an. Auch rechtlich bleibt deine Position bis auf Weiteres unklar. In der Folge erlebt Pia-Maria über einen langen Zeitraum eine erhebliche Doppelbelastung Job-Ausbildung. Ihr Privatleben stellt sie ebenso lange zurück, genauso wie ihr aufkeimendes diffuses Interesse an Berufspolitik. Die Qualität der Ausbildung empfindet sie sowohl inhaltlich als auch strukturell als schwankend. So wünscht sie sich statt Redundanzen zum Studium mehr praxisbezogene und zur Anwendung geeignete Inhalte. Informationsveranstaltungen, in denen über berufliche Perspektiven aufgeklärt wird, fände sie hilfreich. Auch vermisst sie manchmal weiterführende Unterstützung hinsichtlich ihres beruflichen Werdegangs und ihrer persönlichen Entwicklung. Berichten anderer PiA-KollegenInnen entnimmt sie, dass solcherlei Einzelheiten an den Ausbildungsinstituten sehr heterogen geregelt seien. Viel mehr erfährt sie jedoch nicht, denn auch wenn die „intrainstitutionelle“ Vernetzung einigermaßen funktioniert oder sogar gut ausgebaut ist, kann von „interinstitutioneller“ Vernetzung keine Rede sein. Vernetzung ist aber notwendig, wenn gemeinsame Interessen festgestellt, formuliert und durchgesetzt werden wollen.

Auf halber Strecke wird Pia-Maria überrascht – Post von der Kammer: Sie sind Pflichtmitglied, auch des Psychotherapeuten-Versorgungswerkes, zunächst aber

noch beitragsfrei. Sie fragt sich: „Warum kriege ich das jetzt erst mit? Und: Werde ich das alles bezahlen können?“ Denn inzwischen weiß Pia-Maria, dass sie fortlaufend ein beachtliches Maß an Fortbildungen nachweisen muss, um die Approbation auch behalten zu können. Das ist auch in Ordnung so, denn psychotherapeutische Tätigkeit bedeutet eben lebenslanges Lernen, und auf ihren Lorbeeren ausruhen wollte sie sich nicht. Schließlich hat sie selbst den Anspruch an sich, auf dem Laufenden zu bleiben. Die Angelegenheit „Kammer“ stellt Pia-Maria erst mal zurück; damit will sie sich nach der Prüfung befassen, denn vorher gibt es scheinbar kaum Berührungspunkte.

Mit fortschreitender Ausbildung kriegt sie mit: Die Berufsaussichten sind nicht rosig. Um einen Kassensitz (noch nicht einmal am Ort ihrer Wahl) wird sie mit Klauen und Zähnen kämpfen müssen; sie weiß noch nicht genau wie, und wer ihr dabei hilft, aber es wird lange dauern, wenn es überhaupt etwas wird. Denn offenbar orientiert sich die Bedarfsplanung mehr am Budget als am Versorgungsbedarf, sonst wären die Wartezeiten nicht so extrem lang. An dieser Stelle berührt Pia-Marias Karriereproblem eine gesundheits- und gesellschaftspolitisch hoch relevante Dimension.

Nach der Approbationsprüfung fragt sich Pia-Maria zunächst: „Wie verdiene ich nun meine Brötchen?“ Kliniken profitieren jetzt gerne von ihrer Qualifikation, berücksichtigen diese aber nicht bei der Vergütung. Ihr Status wird schlechter sein als der ihrer ärztlichen Kollegen. Kann sie sich woanders als Psychotherapeutin anstellen lassen, z. B. in einer Praxis oder in einem MVZ, ohne Übervorteilung erwarten zu müssen? Ist das Kostenerstattungsverfahren eine Alternative? Wie funktioniert das? Gibt es noch andere Möglichkeiten, z. B. über Sonderbedarf oder Gruppenangebote? Was sind die Vor- und Nachteile von Jobsharing oder Entlastungsassistenten? Gibt es da überhaupt Stellen?

Und es kommt noch besser: Anscheinend wie Pilze aus dem Boden sprießen umfangreiche und kostspielige sogenannte curricula

lare Fort- und Weiterbildungen für Teilgebiete der Psychotherapie und Beratungsarbeit, deren Absolventen zertifiziert und auf Listen als besonders qualifizierte BehandlerInnen geführt werden. Da fragt sich Pia-Maria: „Was ist meine Approbation wert? Werde ich zukünftig als nicht hinreichend qualifiziert gelten, um bestimmte Leistungen erbringen und abrechnen zu können, für die ich ursprünglich doch ausgebildet wurde?“

Mittlerweile ist Pia-Maria hart im Nehmen, und das ist auch nötig, denn die nächste Hürde kommt bestimmt. Nach ein paar erfolglosen Niederlassungs-Bewerbsanläufen (kostenpflichtig, versteht sich) wittert sie eine echte Chance. Aber: Nun muss sie sich möglichst mit dem Praxisinhaber über den Praxis-Verkaufspreis einigen, denn diese Einigung kann für die Vergabe des Kassensitzes durchaus eine Rolle spielen. Der Vorinhaber macht den Eindruck, so teuer wie möglich verkaufen zu wollen, offenbar, um seine Altersvorsorge aufzubessern. Dabei beruft er sich auf das teuerste Praxiswertermittlungsmodell, das derzeit im Umlauf ist. Pia-Maria fragt sich: „Was wird hier eigentlich so teuer verkauft? Wo bleibt da die Generationengerechtigkeit? Oder mindestens die Ethik?“

Jetzt erinnert sich Pia-Maria an ihre Kammermitgliedschaft: „Was tut die Kammer eigentlich? Wer sitzt dort und wer tritt wofür ein? Kann sie mir in solchen Situationen weiterhelfen? Wen frage ich?“ Inzwischen wünscht Pia-Maria längst, sich berufspolitisch informiert zu haben und kollegial besser vernetzt zu sein. Stattdessen ist sie sozusagen Einzelkämpferin. Um kollegiale Vernetzung hätte sie sich schon während der Ausbildung bemühen können, denn seit 2008 werden die PiA in Niedersachsen durch PiA-InstitutsprecherInnen vertreten, die eine PiA-Landesvertretung wählen, welche u. a. die PiA-Interessen auch auf Bundesebene einbringt.

Wer in Zukunft kein Einzelkämpfer sein will, sondern sich vernetzen und sich über Berufspolitik informieren oder an ihr mitwirken möchte, sollte die Kontaktmöglichkeiten zur Kammer nutzen, ggf. auch zu seiner PiA-Vertretung. So wird sich die Kommission „Nachwuchsförderung“ zur Aufgabe machen, für die Förderung des Kontaktes zum Nachwuchs und seiner Vernetzung einzutreten. Der Informationsfluss zwischen Pflichtmitgliedern und Funktionsträgern muss angeregt und verbessert werden, damit Kammerpolitik transparent wird

und so den Nachwuchs zur aktiven Teilhabe motiviert. Ein brisantes aktuelles Thema mit großen Auswirkungen auf die Zukunft des Berufes und auf die Versorgungslage der Patienten stellt z. B. die Novellierung des Psychotherapeutengesetzes dar. Die Entwicklung dieser Diskussion sollte tunlichst verfolgt – und sich möglichst auch einbringen – wer ein Interesse an diesen Punkten hat. So befürchten z. B. manche KJPLer, dass der Zugang zu ihrer Ausbildung, insbesondere für Personen mit pädagogischem Hintergrund, künftig erheblich erschwert werde, und manche PPLer befürchten zudem weitere Abwertung ihrer Qualifikation – um nur kurz zwei Aspekte einer äußerst komplexen Auseinandersetzung aufzugreifen.

Neugierig geworden? Würden SIE diese Laufbahn weiterempfehlen? Lohnenswert erscheint sie nicht, man muss sich schon berufen fühlen. Bleibt zu hoffen, dass Kammerpolitik zur Verbesserung der Situation der Nachwuchsgeneration beitragen wird, und dass es gelingt, die Stimme des Nachwuchses zu etablieren.

*Gabriele Bruns, Susanne Ehrhorn,
Alexandra Klich (PiA-Vertretung)*

Interview mit Frau Breulmann-Villanueva

Frau Breulmann-Villanueva erhielt nach einem längeren Kampf eine Sonderbedarfszulassung für einen KJP-Sitz mit hälftigem Versorgungsauftrag. Das Interview führte Frau Reiffen-Züger.

Wie haben Sie das geschafft?

Direkt nachdem ich erfahren hatte, dass auch halbe Sitze vergeben werden können und sie auch mit entsprechenden Stundenkontingenten ausgestattet wurden, habe ich mich um einen halben Sitz bemüht, weil das meinen derzeitigen Arbeitsmöglichkeiten entspricht. Mit Unterstützung der PKN habe ich auch nach der Ablehnung durch den Zulassungsausschuss in Osnabrück nicht aufgegeben und fand dann im Berufungsausschuss in Hannover endlich Gehör. Der Grund liegt darin, dass der Bedarf und die Unterversorgung in diesem Raum so offensichtlich waren,

dass kein Einspruch mehr gegen meine Sonderzulassung erhoben wurde.

Wie haben Sie bis dahin gearbeitet?

Nachdem ich meine KJP-Ausbildung in Osnabrück abgeschlossen hatte, habe ich angefangen, im Kostenerstattungsverfahren zu arbeiten. Hinzu kamen auch einige Privatpatienten. Zunächst hatte ich mit nur fünf Kassenpatienten angefangen. Die Zahl hat sich innerhalb kurzer Zeit fast dreifacht, so dass ich seit längerer Zeit fast schon einen halben Sitz ausgefüllt habe.

Die ersten Schritte waren natürlich mühsam. Die Eltern kamen mit ihren Kindern und wollten sofortige schnelle Hilfe, aber ich musste jedes Mal mit ihnen eine zeitaufwändige Einzelfalllösung finden. Die Eltern brauchten Hilfe bei der Antragsstellung der Therapie bei ihrer Krankenkasse,

eine bürokratische Hürde, die für manche Eltern unüberwindbar erscheint. Die Bereitschaft der Krankenkassen, Behandlungen im Erstattungsverfahren zu bewilligen, ist sehr unterschiedlich.

Wie funktioniert das Erstattungsverfahren?

Die „schwierigste“ Krankenkasse verlangte jeweils ein kinderpsychiatrisches Gutachten, in dem die Dringlichkeit und die Notwendigkeit bescheinigt werden musste. Das brachte wegen der Überlastung der Kinderpsychiater zwangsläufig eine noch längere Verzögerung mit sich. Bei den meisten anderen Krankenkassen genügte eine Bescheinigung des Hausarztes oder des Kinderarztes, dass die Behandlung dringend und notwendig sei, und es in erreichbarer Nähe keinen kassenzugelassenen Therapeuten mit freien Kapazitäten gibt.

Manche Krankenkassen verlangten bereits für die ersten Stunden einen Bericht an den Gutachter, eine ganz kulante Krankenkasse genehmigte häufig zunächst eine Kurzzeittherapie von 25 Stunden und verlangte erst bei der Umwandlung in eine Langzeitbehandlung einen Bericht an den Gutachter. Die Krankenkassen haben meine Berichte an den Gutachter dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen zukommen lassen und es dauerte unterschiedlich lange bis eine Bewilligung vorlag. Ein Feedback mit diesen Begutachtenden gab es nicht.

Der Aufbau einer Erstattungspraxis ist nicht leicht?

Die Kooperation mit den Krankenkassen wurde im Laufe der Zeit immer besser, was daran liegen mag, dass Vertrauen aufgebaut worden war und die Krankenkassen froh waren, einen qualifizierten Therapeuten für die Behandlung ihrer Mitglieder zu bekommen. Immer häufiger meldeten sich dann auch das Jugendamt, der Kinderarzt vor Ort und die ausgebuchten KJP-Kollegen. Alle suchten händeringend einen baldigen Therapieplatz.

Am Anfang der Praxistätigkeit entstand für mich bei jedem neuen Fall ein großes Risiko. Ich musste die ersten probatorischen Sitzungen zunächst immer unentgeltlich anbieten, um die Kostenübernahmezusage von den Krankenkassen zu erwirken. Die meisten Eltern konnten diese Kosten nicht selber tragen. Gleichzeitig fielen gerade am Anfang erhöhte Praxiskosten an. Von den finanziellen Lasten durch die vorherige 5-jährige Psychotherapieausbildung mal ganz zu schweigen. Für mich war das am Anfang schon sehr frustrierend. Einerseits empfand ich die therapeutische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen als eine beglückende und schöne Arbeit, aber es gab keine Sicherheit, dass die Leistungen auch honoriert wurden. Besser ging es mir dann, als die ersten Kostenübernahmeerklärungen der Krankenkassen vorlagen. Es blieb immer ein Gefühl „Arbeiter zweiter Klasse“ zu sein.

Wie haben Sie in dieser schwierigen Zeit durchgehalten?

Hilfreich und wohltuend in dieser Zeit waren die Unterstützung und Ermutigung

durch die Kollegen in der Interventionsgruppe und im Qualitätszirkel. Auch die Kontakte mit dem Ausbildungsinstitut und der Kinderklinik haben mir immer wieder Mut gemacht. Gerade dieser Austausch untereinander, der eh fundamental für unsere psychotherapeutische Arbeit ist, hat mich beim Durchhalten und Durchkämpfen wesentlich unterstützt. Ganz auf mich alleine gestellt, hätte ich das nicht so leicht durchhalten können.

Wie beurteilen Sie die Versorgung im Landkreis?

Die Versorgungsbezirke sind m. E. zu groß dimensioniert. Die Versorgungssituation ist insgesamt undurchsichtig. Es ist nicht klar, wie viel die niedergelassenen Kassenpsychotherapeuten mit Kindern arbeiten, aber auch nicht wie viele approbierte Psychotherapeuten im Kostenerstattungsverfahren tätig sind.

Ich habe mich gezielt für einen Sitz in einer Versorgungslücke eines größeren Bezirks beworben, in dem bis jetzt nur ein einziger Psychotherapeut für Erwachsene, Kinder und Jugendliche tätig war. Es handelt sich hier um ein Einzugsgebiet mit mehr als 30.000 Einwohnern. Ich bin fest davon überzeugt, dass es solche „weiße Flecken“ in noch vielen anderen Bereichen gibt. Es ist schon jetzt klar, dass ich mit meinem halben Versorgungsauftrag den Bedarf in unserer Region nicht abdecken kann.

Was raten Sie unseren KJP Kolleginnen und Kollegen, die noch ohne Kassensitz sind?

Sie sollen mutig sein und mit der Arbeit beginnen, am besten an einem Ort, wo ein KJP fehlt – und davon gibt es viel Orte! Wichtig ist es, einen guten Kontakt zu den Kassen herzustellen, Vertrauen aufzubauen und den Eltern Hilfe anzubieten bei der Antragstellung auf Kostenerstattung. Sie brauchen außerdem ein gut funktionierendes Netz mit den Kollegen und den potentiellen Zuweisern wie Ärzten, Schulen, Kindergärten, Kliniken.

Sobald der Sonderbedarf durch den Umfang der Erstattungstherapien nachgewiesen werden kann, sollte eine Sonderbedarfzulassung beantragt werden. Auch

nach einer Ablehnung im Zulassungsausschuss ist noch lange nicht Schluss, wie Sie an meinem Beispiel sehen können. Aber man braucht ganz, ganz viel Geduld!

Frau Breulmann de Villanueva ich bedanke mich für das Interview.

Aufruf

Die Psychotherapeutenkammer möchte sich verstärkt um die Probleme der PP und KJP ohne Kassensitz bemühen. Hilfreich wäre es, wenn diejenigen von Ihnen, die im Erstattungsverfahren arbeiten, uns (gerne auch anonym) mitteilen könnten, wie viele Patienten sie im Kostenerstattungsverfahren behandeln, wie viele Stunden sie in der Woche sie im Kostenerstattungsverfahren arbeiten und wie viele Stunden sie noch an freier Kapazität haben. Selbstverständlich werden die gewonnenen Daten ausschließlich vertraulich verwendet und nur als Gesamtzahl veröffentlicht.

Veranstaltungshinweis

Am **01.04./02.04.2011** findet der **3. Niedersächsische Psychotherapeutentag in der Universität Göttingen** statt. Der Dialog zwischen universitärer Forschung und der angewandten Psychotherapie an konkreten Themen wie Schmerz und sozialer Phobie soll im Zentrum stehen. Das Programm mit Vorträgen und Workshops wird in Kürze auf unserer Homepage veröffentlicht.

Geschäftsstelle

Roscherstr. 12
30161 Hannover
Tel.: 0511/850304-30
Fax: 0511/850304-44
Sprechzeiten allgemein:
Mo, Mi, Do, Fr 09.00 – 11.30 Uhr
Mo, Di, Mi, Do 13.30 – 15.00 Uhr
Sprechzeiten für Fragen zur Akkreditierung:
Mi + Do 09.00 – 11.30 Uhr
Mail-Anschrift: info@pknds.de
Mail-Anschrift für Fragen zur Akkreditierung: Akkreditierung@pknds.de
Internet: www.pknds.de